

Unterschriftenaktion für Rettungsdienst

Zuerst zum Notfall, dann zum Nebenjob

Mitarbeiter des Rettungsdienstes klagen, von ihrem Lohn nicht leben zu können – Verdi fordert Einführung eines Tarifvertrags

Stuttgart - Beim Rettungsdienst des Deutschen Roten Kreuzes Stuttgart werden die Mitarbeiter unterschiedlich bezahlt, seitdem es eine Tochtergesellschaft gibt. Die Gewerkschaft Verdi startet deshalb eine Unterschriftenaktion.

Rettungsassistent ist ein anstrengender Beruf. Ein Einsatz jagt den nächsten. „Man kann froh sein, wenn man es schafft, innerhalb von acht Stunden einen Apfel zu essen“, erzählt Andreas P. (Namen der Betroffenen geändert). Für ihn ist es trotzdem sein Traumjob. Nur ist dem 28-Jährigen schleierhaft, wie man auf Dauer eine Familie mit 1800 Euro brutto ernähren können soll.

Auch seine Kollegin Karin M. würde ohne Nebenjob monatlich nicht über die Runden kommen. „Bei mir in der Schicht hat jeder einen Nebenjob“, erzählt die 27-Jährige – trotz einer 45-Stunden-Woche. Was die Rettungsassistenten ungerecht finden: Obwohl sie mit ihrer zweijährigen Ausbildung besser qualifiziert sind, verdienen sie weniger als viele der einfachen Sanitäter, die direkt beim Deutschen Roten Kreuz (DRK) angestellt sind. Andreas P. und Karin M. arbeiten beide bei der Rettungsdienst gGmbH, einer Tochtergesellschaft des Kreisverbands Stuttgart, die im November 2003 den Betrieb aufgenommen hat. In dieser Tochtergesellschaft gilt kein Tarifvertrag. Nach Angaben der Gewerkschaft Verdi wird inzwischen jeder neue Rettungsdienstmitarbeiter in der gGmbH angestellt, die Geschäftsführung des Kreisverbands weist dies zurück.

Verdi setzt sich nun mit einer Unterschriftenaktion dafür ein, dass der Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD) bei der Tochtergesellschaft eingeführt wird. Die Fachbereichsleiterin Gesundheit bei Verdi, Christina Ernst, verweist auf den Kreis Böblingen, wo ebenfalls eine Tochter gegründet wurde und trotzdem nach TVöD bezahlt werde.

Angesichts von nicht eingehaltenen Hilfsfristen im Rettungsdienst sollte man nicht nur über die Anzahl der Fahrzeuge sprechen, sondern auch über die Personalkosten und eine gerechte Entlohnung.

Die Rettungsdienstmitarbeiter bei der gGmbH erhalten laut Verdi für ihre Arbeit monatlich zwischen 1300 und 2100 Euro brutto – Zuschläge für Wochenend-, oder Nachtarbeit stehen ihnen anders als den DRK-Mitarbeitern im Rettungsdienst nicht zu. „Eigentlich müssen die Kosten für den Rettungsdienst nach dem Gesetz komplett von den Kassen gezahlt werden, trotzdem wird gefeilscht“, so ein DRK-Rettungsassistent, der nicht versteht, wieso es zu solch einer Ungleichheit in der Belegschaft kommen muss. Rund 60 Mitarbeiter sind nach Verdi-Angaben bei der Tochter beschäftigt. Beim DRK will man mit Bezug auf die Mitbewerber keine genauen Zahlen nennen.

Insgesamt arbeiteten 200 Mitarbeiter im Rettungsdienst, so DRK-Kreisgeschäftsführer Frieder Frischling, die gGmbH eingeschlossen. Frischling verweist auf den Kostendruck, dem der

DRK-Kreisverband unterliege. Der Rettungsdienst sei bekanntermaßen seit Jahren defizitär, was auch daran liege, dass Notfall- und Krankentransporte in Stuttgart zwei getrennte Bereiche sind. Die Kassen würden ihr Budget zudem an Durchschnittswerten orientieren und pro Einsatz nur 55 Euro zahlen, wovon jeweils zwei Mitarbeiter und der Wagen getragen werden müssen. Personal zu reduzieren sei unmöglich. „Jedes Fahrzeug muss mit zwei Personen besetzt sein.“ Im Kreisverband Stuttgart komme die Personalstruktur erschwerend hinzu. „Wir haben sehr viele ältere Mitarbeiter mit Bestandsschutz“, erklärt Frischling, die nach Berufsjahren bezahlt würden. Diese Kosten versucht der Kreisverband über die gGmbH aufzufangen. „Da kann es schon passieren, dass jemand mit einer Helferausbildung mehr verdient als ein Rettungsassistent“, so Frischling. Der Geschäftsführer betont aber, dass ein Rettungsassistent annähernd dasselbe Einstiegsgehalt habe – egal, ob er nach Tarif direkt eingestellt werde oder bei der gGmbH. Letzteres ficht Verdi auch gar nicht an, bei der Gewerkschaft pocht man aber auf die fehlenden Zuschläge.

Am Donnerstag trifft sich der Bereichsausschuss, der mit Vertretern der Krankenkassen und der Hilfsorganisationen besetzt ist, zu einer Sondersitzung. Thema wird nicht die Bezahlung im Rettungswesen sein, sondern die Einhaltung der Hilfsfristen bei Notfällen. Die Stadt hat einen weiteren Notarztwagen gefordert, jetzt wird verhandelt.

Viola Volland, aus der StZ vom 12. März 2008

11.03.2008 - aktualisiert: 11.03.2008 18:08 Uhr